

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

180 (6.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnementpreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 1/2 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Vom Russisch-Polnischen Kriegsschauplatz.

Warschau, 5. Aug. In dem polnischen Seeresbericht heißt es: An der deutschen Grenze hat der Feind keine Bewegung gemacht. Bei Ostrowka wurden seine Angriffe abgewiesen. Weiter südlich fanden bei Czarnow fortgesetzte Kämpfe mit dem Feinde statt, der den Marsch über die Grenze bis Lomza vorgezogen ist. Oberhalb Lubogza dauern die Kämpfe mit dem Feinde an, der teilweise auf des südliche Ufer des Flusses gelangt ist. Im Bereich von Brest-Litowsk haben wir von Kopol bis Pogluz alle bolschewistischen Berühmte, den Fluß zu überschreiten, abgewiesen. Zwischen Brest-Litowsk und Lud planmäßige Umgruppierung unserer Truppen ohne größere Kämpfe mit dem Feinde. Nach einer Reihe heftiger Kämpfe wurde Brody von den Polen wieder gewonnen. Im Bereich von Radziwillew weitere Kämpfe mit dem Feinde, der dort hartem Widerstand begegnet. Die Polen haben Wiluline erobert und den Feind bis über den Sereth zurückgeworfen.

Amsterdam, 6. Aug. Die „Times“ meldet aus Warschau vom 4. August: Die polnische Regierung ist nicht bereit, mit den Bolschewisten über den Frieden zu verhandeln, wenn Frankreich und England an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen. Paris, 6. Aug. Paderewski hat erklärt, daß Lloyd George in Spa gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten Grasi eine andere Sprache geführt habe, als wenn er dies im Unterhaus getan habe. In Spa sei schriftlich erklärt worden, daß Großbritannien Polen helfen werde, und daß seine Existenz innerhalb der polnischen Grenze gesichert werden würde. Paderewski fragte: Wer hilft uns in diesem Augenblick? Ich kann nur sagen: Nur Frankreich.

Paris, 6. Aug. Wie der „Matin“ meldet, hat Lloyd George gestern und gestern gesprochen. Die Unterredung dauerte zwei Stunden. Nach den wenigen Nachrichten, die über die Unterredung vorliegen, sollen die russischen Vertreter erklärt haben, daß die aus Moskau auf die englische Note zu erwartende Antwort nach ihrer Ansicht nicht zufriedenstellend ausfallen werde. Nach einer weiteren Londoner Meldung soll die englische Regierung nach Moskau berichtet haben, daß die internationale Konferenz nicht aufgegeben worden sei. Schließlich wird noch berichtet, die polnische Regierung habe die Erklärung abgegeben, daß sie nur mit Hilfe von Frankreich und England Friedensverhandlungen mit der russischen Regierung eingehen werde.

„Welt Journal“ soll die polnische Regierung sich entschlossen haben, nach Krasna überzufahren, falls sich die Notwendigkeit hierzu ergeben sollte.

Französische Bereitschaftstruppen in der Pfalz?

Berlin, 6. Aug. Ueber die Zusammenziehungen französischer Truppen im besetzten Gebiet, die auf dem Weg durch Deutschland Polen zu Hilfe eilen sollen, weiß die „Freiheit“ zu berichten. Es meldet, daß nach zuverlässigen Nachrichten die Franzosen im besetzten Gebiete bedeutende Streitkräfte zusammenziehen. In Elsaß-Lothringen, aber auch in der Pfalz, sollen selbstmännlich ausgerüstete Regimenter stehen, die auf den Transport nach Polen warten. Da die Transportmittel, die bisher unter der Maske, daß sie für die örtlichen Abwehrmaßnahmen als Besatzungstruppen bestimmt seien, wiederholt durch deutsche Eisenbahner angehalten wurden, wird jetzt versucht, französische Soldaten als Zivilisten durch Deutschland nach Polen zu schmuggeln. Es werden dafür in erster Linie solche Soldaten ausgesucht, die längere Zeit in Deutschland weilten und der deutschen Sprache mächtig sind. Sie bekommen deutsche Reisepässe ausgehändigt, deren Stempel anscheinend gefälscht ist. Nach der „Freiheit“ soll ferner feststehen, daß im Elsaß mehrere hundert Eisenbahner bereit gehalten werden. Die französischen Eisenbahner sollen den Dienst auf den deutschen Strecken versehen, die für den Durchmarsch nach Polen bestimmt sind für den Fall, daß die deutschen Eisenbahner die Weiterleitung der Transporte verweigern.

Zwei englische Divisionen für Polen?

London, 6. Aug. „Daily Express“ glaubt zu wissen, daß das Army Council, um für jeden Fall bereit zu sein, zwei vollständige Divisionen zur Mobilmachung auf etwaigen Befehl bereitstellt. Alle Vorkehrungen für Transport von Munition, Waffen und Schießbedarf seien getroffen.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Genf, 5. Aug. Der Internationale sozialistische Kongreß nahm die Resolution über die Sozialisierungfrage an und behandelte dann die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. MacDonald (England) forderte, daß die Regierung die nötigen Mittel bereit stelle, um die Industrie Mitteleuropas wieder zu beleben. England müsse aus seinen Vorräten der mittelenuropäischen Landwirtschaft Düngemittel usw. zur Verfügung stellen und auch für den Transport der 100 000 Millionen aus Amerika an Deutschland Erleichterungen gewähren. Der belgische Delegierte de Nothore unterstützte lebhaft diese Ausführungen. Durch die Erklärung der deutschen Genossen in die Luft gereinigt. Daher wollten die Belgier tätigt mitarbeiten an der Gesundung der Welt und der Ausgleichung der Gegensätze. Eine im Sinne der MacDonaldschen Ausführungen gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen und die Verhandlungen sodann auf nachmittags verlegt.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Genf, 5. Aug. Der Internationale Bergarbeiterkongreß beschloß heute vormittag den belgischen Statutenentwurf, der u. a. bestimmt, daß ein internationaler Kongreß einen allgemeinen Generalstreik anordnen kann, um eine Forderung durchzusetzen. Der Streik soll aber nur dann tatsächlich durchgeführt werden, wenn sich eine Zweidrittelmehrheit dafür ergibt. Dem Beschlusse haben sich alle nationalen Sektionen angeschlossen. Da man sich über die Gestaltung des Generalsekretariats nicht einigen konnte, wurden die Verhandlungen über den Statutenentwurf vertagt. Hierauf sprach Rose (Deutschland) über die Beziehungen im deutschen Bergbau, die die Sechsstundenfrist dringend erforderten. Das Durchschnittsalter der unter Tag ar-

beitenden Bergleute sei 36 bis 38 Jahre. Die Lungenkrankheit sei um 300 Prozent gestiegen. Die Forderung der Deutschen auf die Einführung der Sechsstundenfrist sei keine Intrige. Sie wollten diese Forderung verwirklicht sehen. Von den auswärtigen Genossen erwarteten die Deutschen Solidarität, falls die Entente in das Ruhrgebiet einmarschieren sollte, um den deutschen Bergarbeitern die Erzeugnisse der Revolution zu nehmen. — Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der der Sechsstundentag für die Untertage Arbeitenden gefordert wird.

Geheimer deutsch-russischer Vertrag?

W.B. Paris, 6. Aug. Die Havas-Agentur verbreitet eine Mitteilung der „Times“, wonach Deutschland mit Sowjetrußland vor der Offensive gegen Polen einen geheimen Vertrag abgeschlossen habe, der folgende Bestimmungen enthalte:

1. Es wird Rußland erlaubt, ohne jegliche Intervention von deutscher Seite sich aller Waffen, Munition, Vorräte, rollenden Materials in Polen zu bemächtigen.
2. Nach der Eroberung Polens darf Rußland eine gewisse Zahl roter Kommissare nach Polen senden zur Kontrolle der Ausfuhr polnischer Vorräte jeder Art. Rußland wird sodann Polen vollständig räumen zugunsten Deutschlands. Die Deutschen werden sodann Polen besetzen als Garantie für die späteren Kredite Rußlands und für den Austausch deutscher Rohstoffe.

Die Konferenz zwischen Rußland und den Nordstaaten.

Kopenhagen, 6. Aug. Nach einer Meldung des hiesigen litauischen Telegraphenbüros beginnt am 3. August die Konferenz der Nordstaaten in Riga. Die russisch-litauischen Friedensverhandlungen nähern sich dem Abschluß. Man hofft, die Verhandlungen in einigen Tagen abzuschließen zu haben.

Französische Justiz im besetzten Gebiet.

Wiesbaden, 6. Aug. Das Militärpolizeigericht verurteilte den Schriftsteller Sembach aus Berlin und den Stadtverordnetenvorsitzer Fresenius in Wiesbaden zu je 6 Monaten Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe, weil sie in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei durch Anreden gegen Frankreich und die Besatzungstruppen angeblich einen Verstoß zur Verhöhnung der Bevölkerung gemacht haben.

Arbeitsaufnahme in Zittau.

Dresden, 6. Aug. Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt, in Zittau habe die Arbeiterschaft beschloßen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Im Bezirk Lobau ist der Ausnahmezustand bereits wieder aufgehoben worden.

Der Streik in Pommern.

Swinemünde, 6. Aug. Der Streik der Beamten und der Arbeiterschaft der Heberlandzentrale und der Betriebsverhältnisse dauert in vollem Umfange in Stralsund an, so daß ganz Vorpommern ohne Licht und Kraft ist. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Das Wasserkraftswerk Swinemünde ist mit Hilfe der Dampfmaschinen im Betrieb. Dagegen sind Haringsdorf und andere Nachbarorte ohne Wasser. In Swinemünde fanden gestern Lebensmittellieferungen statt, in deren Verlauf die Demonstranten in Konditoreien eindrangen und Kuchen zu billigen Preisen vertrieben.

Entdeckung großer Schmuggelleien.

Berlin, 6. Aug. Wie die Abendblätter erfahren, sind die Behörden einem meist aus Italienern bestehenden Konfession auf die Spur gekommen, dessen Mitglieder unter Verkleidung teils echter, teils falscher Dokumente sich als Angehörige fremdländischer Missionen ausgaben und namentlich in den Nationalstaaten große Valutafälschungen durchzuführen hatten. Neben dem Valutafälschungsbetrieb befanden sich die Mitglieder auch mit dem Schmuggel von Schmuckstücken. Die Summe der Valutafälschungen wird auf 60 Millionen Kronen geschätzt. Bei Hausdurchsuchungen, die mit Wissen der fremden Missionen bei den betreffenden Personen durchgeführt wurden, wurden 10 Millionen Kronen beschlagnahmt. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Kleine Nachrichten.

- Berlin. Der „V. L.“ meldet aus Solingen, daß in Ohligs in einem Wohnhaus eine Gasexplosion stattfand, durch die ein Hausbesitzer, sowie ein englischer Soldat getötet und 5 Personen schwer verletzt wurden.
- Berlin. Wie der „V. L.“ meldet, hat die polnische Regierung und die Ententevertreter Warschau verlassen und befinden sich auf dem Wege nach Krakau. In Warschau herrscht Panikstimmung und man fürchtet, daß die Räterepublik ausgerufen werde.
- Berlin. Wie die „Freiheit“ aus Bukarest meldet, haben die bulgarischen Sozialisten in den verschiedenen Stadtteilen Versammlungen veranstaltet, in denen sie gegen die Absicht der Regierung, Rumänien in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln, protestierten.
- Berlin. Wie der „V. L.“ mitteilt, wird der Berliner polnische Generalkonsul heute an angeblich zur Arbeitsaufnahme in Polen. Wie zwei Angehörige, denen es gelang, war, wieder nach Deutschland zurückzukehren, dem Blatte mitteilen, wurden sie in Polen, nachdem sie untersucht und für tauglich für Infanterie erklärt worden waren, in die polnische Armee gestellt.
- Mainz. Aus Mainz wird gemeldet, daß in Niederhain eine Rührpömelie ausgebrochen ist, die besonders in kanallosen Straßen sich bemerkbar macht.
- Darmstadt. Hessische Städte und Gemeinden melden bei der Staatsregierung einen Steuerbedarf von 140 Millionen Mark für 1920 an, davon sind 40 Millionen gut gedeckt.
- Rom. Aus Durazzo wird gemeldet: Die serbische Artillerie habe die Ufer des Flusses Krizmat beschoßen. Die Albaner zogen gegen Gostirat vor. 40 Gendarmen, die von einem Offizier geführt wurden, scheinen gefangen genommen worden zu sein.

Militärische Verschwendung in bitterster Not.

G. Sch. Der Reichsfinanzminister hat in einer Denkschrift an den Reichstag die geradezu katastrophale Situation geschildert, in der sich Deutschland in finanzieller Beziehung befindet. Die Denkschrift schließt mit diesen Sätzen:

„Aus diesen Ziffern spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst der Lage, in welcher wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch die praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reichs vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papierernen Reichtum klammert, so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wären nicht auszubedenken.“

Am vorigen Samstag erklärte der Reichsfinanzminister im Reichstage: „Es ist das Unglück, daß niemand draußen die Augen öffnen will gegenüber der fürchterlichen Notlage des Reichs.“ Und am Montag sprach Herr Dr. Wirth von seiner Sorge, wie lange das Reich den Beamten noch die heutigen Gehälter bezahlen können. Das alles geniert aber die deutsche Heeresleitung nicht und durch den ihr offenbar widerstandslos untertänigen Reichswehrminister Dr. Gessler versucht sie, in der Belegung der Offiziersstellen im zukünftigen 100 000-Mann-Heer die im Kriege jahrelang geübte Verschwendung fröhlich fortzuführen. Ich habe am Montag im Reichstage bei der Beratung des Notetats auf diese Verschwendung aufmerksam gemacht und sie zahlenmäßig dargelegt. Die tatsächlichen Angaben dürften auch die Leser des „Volkshfreund“ interessieren.

Für das 100 000-Mann-Heer werden nicht weniger als 55 Generale gefordert, darunter allein für die 18 Reiter-Regimenter neben 3 Divisionsgenerale 9 Inspektoren im Generalsrang. Das ist grober Unfug. Als Kommandanten für Berlin, Königsberg und Breslau wird je ein General gefordert, während ein Stabsoffizier vollausgerüstet, die heute wesentlich geringeren Geschäfte zu führen. Praktisch habe ich das selbst in Berlin gezeigt durch die Belegung des Stadtkommandantenpostens mit einem Major. Generale als Kommandanten heißen: mehrere Stabs-Offiziere als Stabschef, Generalstabs-Offiziere und außerdem entsprechenden Adjutanten. Das verdrängt große Summen. Weiter: im neuen Heer sind 46 Formationen vorhanden, für die Obersten als Kommandeure in Betracht kommen. Gibt man noch etwa 24 Obersten als Chefs höherer Stäbe, als Abteilungsleiter im Wehrministerium usw. zu, dann sind etwa 70 Obersten erforderlich. Angefordert werden aber 123 Obersten, also 53 mehr als notwendig sind. Allein für das Reichswehrministerium werden 23 Obersten gefordert, als Kommandanten von „Festungen“, Übungsplätzen 24. Für diese Stellen ist nicht ein Oberst notwendig. Noch toller soll mit den Stabs-Offizieren gehandelt werden. Als Führer von Truppenformationen kommen — hoch gerechnet — etwa 200 in Frage; angefordert werden 617. Und für welche Verwendung? Als Halbbataillons- und Ergänzungsbataillonsführer verlangt die Heeresleitung 63 Stabs-Offiziere. Alle die Formationen bestehen aus jeweils nur wenigen Mann. Die 7 Artillerie-Regimenter sollen neben dem Obersten, dem Oberstleutnant beim Stabe, noch einen Major in den Stab erhalten; außerdem jede Artillerie-Abteilung neben einem Major als Führer noch einen Major in den Abteilungsstab. Genau so soll es bei allen Spezialtruppen gehen, die 28 Bataillone stark sind und 56 Majore erhalten sollen. Das tollste ist aber, daß bei allen 18 Reiter-Regimentern je eine Schwadron einen Major als Führer erhalten soll, dem extra neben den Leutnants noch ein Hauptmann beigegeben werden soll. 386 Majore und Oberstleutnants sollen in Städten und im Wehrministerium Unterchlupf finden, annähernd also die doppelte Zahl Stabs-Offiziere für Städte als für die Truppenformationen. Genau so steht es bei den 1058 angeforderten Hauptleuten. Ueber 400 Hauptleute werden für die Städte angefordert, außerdem etwa 100 als Adjutanten. Jeder Regimentskommandeur erhält einen Hauptmann als Adjutanten, früher tats ein Oberleutnant. In die Städte nicht nur der Regimenter, sondern auch der Bataillone und Abteilungen sollen Hauptleute hineingesteckt werden. Wo früher der Leutnant genigte, soll jetzt ein Hauptmann hingestellt werden. Den im Notetat zahlenmäßig aufgeführten 1788 Leutnants stehen nicht weniger als 1853 Offiziere vom Hauptmann anwärts gegenüber. Damit aber nicht genug. Für das 100 000-Mann-Heer werden — 42 500 Pferde angefordert, also auf rund zwei Mann ein Pferd. Natürlich wird jeder Offizier, auch der jüngste Leutnant, sein Pferd erhalten. Die Unterhaltungskosten eines Pferdes sind mit 10. bis 11 000 M. jährlich nicht zu hoch veranschlagt. Die Offiziere brauchen in Zukunft eigene Pferde nicht mehr zu halten, sie haben Anspruch auf Dienstpferde. Diesen Anspruch werden sie erfahrungsgemäß gründlich ausnützen. Daß Stabs-Offiziere

und die höheren Chargen zwei Dienstperde bekommen sollen, berichtet sich für die Seeresleitung von selbst, die Generale natürlich noch Autos usw.

Auf meine an den Wehrminister gerichtete Frage, ob die Zahl der Militärmuster tatsächlich mehrere tausend Mann betrage, erhielt ich diesmal keine Antwort. Sie wird aber gegeben werden müssen. Die Seeresleitung fordert 12 Geißliche — Kostenpunkt etwa 500 000 Mk. Auf meinen Einpruch meinte Herr Gehler, es müsse doch auch für das Seelenheil des Berufs soldaten georgt werden, besonders im Hinblick auf die lange Dienstdauer. Mit dem gleichen Recht kann man dann auch für die Schutzmannschaft oder die Berufsfeuerwehr besondere Seesorge fordern. Recht interessant ist auch, daß die in eine Staatssekretärstelle umgewandelte Stelle des Generalquartiermeisters mit einem General (v. Feldmann) besetzt worden ist. Der Staatssekretär hat Verwaltungsarbeiten zu erfüllen, also gehört ein erfahrener Verwaltungsbeamter, nicht aber ein Berufsoffizier an diese Stelle. Ebenso ist beabsichtigt, für die paar Tausend Mann Marine und für die paar Röhne, die wir noch schwimmen haben, einen Chef der Admiralität anzustellen. Ich habe der Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich auf den härtesten Kampf einzurichten hat, wenn sie diese famosen, das Geld einfach verschleudernde Pläne durchführen will.

Die Reichswehrminister und Seeresleitung schon beim Notetat zu operieren gedachten, geht aus dem Wortlaut des Dispositivs hervor, wodurch der Reichstag mit der Annahme des Notetats endgiltig auf die Offizierstellen festgelegt werden sollte. Als ich im Plenum am Montag mich entschieden gegen diesen geradezu hinterlistigen Versuch wendete, mußte sich Herr Gehler dazu bequemen, auszugeben, daß bei der Beratung des Reichswehrgesetzes und des Hauptetats über die Stellenbesetzung noch gesprochen werden kann, der Reichstag nicht an die Notbewilligung gebunden ist.

Es muß aber auch, wie ich es bereits am Montag getan habe, an den Reichsfinanzminister die Frage gestellt werden: wie verhält er sich gegenüber den Wünschen der Seeresleitung? Was sind alle Maßnahmen des Reichsfinanzministers zur Sparsamkeit, wenn er den Militärs eine solche Verschwendung durchgehen lassen will? Es sei nämlich bemerkt, daß uns nach den Forderungen der Seeresleitung das 100 000-Mann-Heer mehrere hundert Millionen mehr kosten würde, als früher Heer und Marine zusammen. Die Beratung des Reichswehrgesetzes wie des Hauptetats im Herbst wird also sehr lebhaft mit den Militärs dringen, zumal das Reichswehrgesetz in wichtigen Punkten einer Veränderung bedarf. Daß Herr Gehler nicht der richtige Mann auf dem Platze eines Reichswehrministers ist, darüber herrscht wohl im Reichstage keinerlei Meinungsverschiedenheit mehr.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Beschlüsse der Ernährungsminister.

Erleichterung bzw. Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide, Kartoffeln und Fleisch. — Scharfste Erfassung des Brotgetreides.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben in den letzten Tagen unter Leitung des Ministers Dr. v. Helldorf Besprechungen mit den Ernährungsministern der süddeutschen Staaten stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezogen. Die eingehenden Verhandlungen ergaben eine vollkommene Übereinstimmung in der Beurteilung der vorliegenden Verhältnisse und der zu ergreifenden Maßnahmen, namentlich auch den einheitlichen Willen, ebenso wie die Kriegswirtschaft und die weiter andauernde Zwangswirtschaft gemeinsam eingeleitet und durchgeführt sei, auch den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen.

Die hauptsächlich behandelten Fragen betrafen die Getreide, Kartoffeln und Fleisch, in deren Bewirtschaftung weitgehende Erleichterungen bzw. Aufhebung der Zwangswirtschaft übereinstimmend in Aussicht genommen wurden. Im einzelnen ist das Ergebnis der Beratungen folgendermaßen zusammenzufassen:

Hans und Heinz Kirch.

Robelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Es war seine ältere Schwester, die nach ihres Mannes Tode mit der Kirchischen Mühligkeit eine Speckhölerei betrieb. „Warum sollte ich nicht schreiben?“ rief sie wiederum. „Mir kanns recht sein, wenn sie es alle hören! Du bist ein Geizhals, Hans Adam; aber du hast einen scharfen Kopf, und den können die regierenden Herren nicht gebrauchen, wenn er nicht zufällig auf ihren eigenen Schultern sitzt, da paßt ihnen so eine blonde Gemme besser, wenn sie denn doch einmal an uns Mittelbürgern nicht vorbei können.“

„Du erzählst mir ganz was Neues!“ sagte der Bruder ärgerlich.

„Ja, ja, Hans Adam, du bist mir auch zu klug, sonst läßt dich nicht halb umsonst in unserm elterlichen Hause!“

Die brave Frau konnte es noch immer nicht verwinden, daß von einem Kaufmann ihren Bruder einst ein höherer Preis geboten war, als wofür er das Haus in der Nachfolge übernommen hatte. Aber Hans Kirch war diesen Vorwurf schon gewöhnt er achtete nicht mehr darauf, zum mindesten schien es für ihn in diesem Augenblicke nur ein Sporn zu sein, um sich von dem erhaltenen Schläge plötzlich wieder aufzurichten. Keckerlich zwar ließ er den Kopf hängen, als lähe er etwas vor sich auf dem Straßenpflaster; seine Gedanken aber waren schon rastlos tätig, eine neue Bahn nach seinem Ziele hinaufzufahren: das war ihm klar, es mußte noch mehr erdorden und — noch mehr erspart werden; dem Druck des Silbers mußte bei wiederkehrender Gelegenheit auch diese Worte noch sich öffnen; und sollte es für ihn selbst nicht mehr gelingen, für seinen Heinz bei dessen besserer Schulbildung und stattlicherem Wesen würde es damit schon durchzubringen sein, sobald er seine Seemannsjahre nach Gebrauch als Kapitän beschloffen hätte. Mit einer raschen Bewegung hob Hans Adam seinen Kopf empor. „Weißt du, Zule?“ — er tat wie belläufig diese Frage — „ob dein Nachbar Schmülers seinen großen Speicher noch verkaufen will?“

Frau Zule, die mit ihrer letzten Aeußerung ihn zu einer ganz anderen Antwort hatte reizen wollen und so lange schon darauf gewartet hatte, meinte änderlich, da tue er am besten, selbst dorum zu fragen.

Sichtlich des Brotgetreides herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß die scharfste Bewirtschaftung und scharfste Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hier keinerlei Aenderung getroffen werden dürfe. Die baldigste Schaffung ausreichender Getreidereserven in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches ist eine der wichtigsten Aufgaben der Ernährungsverwaltung von Milch, Butter und Inlandkäse keinerlei Aenderung eintreten. Bezüglich der Getreide ist die für notwendig erachtete sofortige Aufhebung der Bewirtschaftung inzwischen erfolgt. Ueber die Bewirtschaftung oder Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Hälfte des August gefaßt werden, wobei die augenblicklich im Gange befindliche Prüfung des vorläufigen Ernteertrages als Unterlage dienen soll. Falls auch diese Prüfung in Übereinstimmung mit den früheren Schätzungen eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als zweckdienlichste Lösung bezeichnet.

Die Fleischbewirtschaftung soll nach Ansicht der Konferenz im Laufe dieses Herbstes ihr Ende finden. Um einen möglichst reibungslosen Übergang in die freie Wirtschaft sicher zu stellen, ist sofort mit allem Nachdruck die Einfuhr und wenn möglich Verbringung von Futtermitteln zu betreiben. Die Einfuhr von Mais ist nach der übereinstimmenden Meinung sofort frei zu geben. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt werden. Die durch Verordnung vom 4. Juni festgesetzten Schlachtviehpreise werden unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zu hoch angesehen. Es wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 Mark für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse D für geringwertiges Vieh mit einem Preisabzug von 180 Mark gefordert.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft des inländischen Fleisches soll als einheitliche Maßnahme gleichzeitig für das gesamte Gebiet der Reichswirtschaft im Laufe des Herbstes erfolgen. Eine vorzeitige geforderte Freigabe auch nur einzelner Bezirke oder innerhalb einzelner Bezirke muß abgelehnt werden. Die Vertreter der süddeutschen Staaten werden in diesem Sinne handeln und, soweit entgegenstehende Anordnungen getroffen sind, sie rückgängig machen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mit der heute nicht vertretenen bayerischen Regierung dieserhalb in direkte Verhandlungen eintreten.

Bezüglich der Fettwirtschaft wurde die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vorgenommene Freigabe der Margarine aufgehoben. Die Bewirtschaftung des Inlandschmalzes soll mit der Freigabe des Fleisches aufgehoben werden. Im Interesse der Verbraucher wird gefordert, daß die Preise unter Berücksichtigung der Produktionskosten möglichst niedrig bemessen werden. Soweit wie möglich soll künftig aus den verfügbaren Vorräten an Stelle der Belieferung der Marmeladenfabriken der Bedarf an Einmachegütern sichergestellt werden.

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die Einfuhr von nicht bewirtschafteten Nahrungsmitteln (z. B. Salzkräutern) möglichst sofort freigegeben wird.

Der Preisabbau für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß Hand in Hand gehen mit einem Abbau der Produktionskosten. In dieser Hinsicht spielen vor allem die Düngemittel eine besondere Rolle.

Die Vertreter der süddeutschen Regierungen nahmen von dem im Bereiche des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereits erfolgten Abbau der Kriegsgesellschaften mit Befriedigung Kenntnis. Es sollen nur diejenigen Gesellschaften weiterbestehen bleiben, welche die zentrale Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben. Aber auch innerhalb dieser Organisationen wird seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine mögliche Vereinfachung und Vereinfachung angestrebt.

Politische Uebersicht.

Der Fall Gehler.

Das sachliche Unvermögen des jetzigen Reichswehrministers beginnt geradezu katastrophal zu werden. Wenn man hier überhaupt noch das Wort „beginnt“ gebrauchen darf, noch entscheidender als seine sachliche Unfähigkeit ist die Tatsache, daß er in den mehr als vier Monaten seines Waltens auch nicht das mindeste von dem erreicht hat, wozu er eingesetzt war, nämlich die Reichswehr von russischen und gegenrevolutionären Elementen zu reinigen. Bezeichnend ist, daß selbst ein unabhängiger Redner trotz der bekannten Wut der Unabhängigen auf Noke

im Reichstag erklären mußte, es sei unter Gehler noch zehnmal schlimmer geworden, als es unter Noke war.

Die einzige positive Leistung, die Arbeit des Untersuchungs-arschusses gegen die Kappisten, fällt nicht auf das Konto Gehlers, sondern auf das parlamentarischen Unterstaatssekretärs, uneres Genossen Stof. Ihm ist es zu verdanken, daß der vom Reichswehrministerium sofort nach den Unruhen eingeleitete nur aus — zum Teil selber verdächtigen — Offizieren bestehende Untersuchungsausschuß, gegen den Gehler natürlich nichts einzuwenden hatte, sofort beseitigt und durch einen anderen ersetzt wurde, in dem das parlamentarische und zivile Element ausschlaggebend ist.

Letzt Gehler's Tätigkeit gegenüber dem Untersuchungsausschuß besteht nur darin, daß er dessen Entscheidungen — nicht ausführt. Das handlungslose Beispiel hierfür ist der Fall Dassel. Gegen General von Dassel, den Wehrkreiskommandanten in Oldenburg, hatte der Untersuchungsausschuß schon Ende Mai auf Veranlassung erkannt, weil er sich in seinen Befehlen ungewissen auf die Seite der Kapp und Lüttich gestellt hatte. Herr Gehler hat diese Verurteilung nicht ausgeführt.

Eine weitere Tat: Unmittelbar nach dem Putsch verfaßte der damalige Zivilreferent im M. A. M., Genosse Rauff, eine Schrift, die Offizieren und Mannschaften ihre Treupflicht auf Grund des geliebten Eides auf die Verfassung auseinandersetzt. Herr Gehler verbot die Verbreitung der Schrift im Heere, weil dadurch Monarchisten und Russophilen sich getroffen fühlen könnten, worauf Genosse Rauff seinen Abschied nahm. Obwohl die Verurteilung der Soldaten bezüglich des Inhalts ihres Treueides beim Kap-Putsch eine Hauptrolle gespielt hatte, hat Herr Gehler nichts getan, um hier eine Belehrung der Mannschaften herbeizuführen.

Nachdem die Wehrkreis-Frage klar aufzulösen, hat Herr Gehler ihren Hauptteil, zweltausend Mann, in die Reichsmarine eingeleitet. Die in Augsburg eingetroffenen Teile befehlunden ihre monarchistische Gesinnung bei jeder Gelegenheit, ebenso der im Münsterlager untergebrachte Rest, der auf seine Ueberführung in die Marine wartet. Dort wird unter Führung der Offiziere ein Gebot verbreitet, das sich gegen das Tragen der vorgeführten Abzeichen wendet und die Mannschaften direkt auffordert, sie nicht anzulegen. In dem Gebot wird z. B. der neue Reichsbader (ohne Repter und Reichsapfel) als ein „geruppter Vogel“ bezeichnet. Es schließt mit den Worten:

Den trage Gohn und Maher,

Fort mit dem Fleiseger.

Den Höhepunkt hat die Gehler'sche Tätigkeit erreicht mit dem Entwurf des neuen Reichswehrgesetzes, der den Soldaten sämtliche Staatsbürgerrechte, auch das Recht der wirtschaftlichen Vereinigung und das Geschäftsgeheimnis nimmt, der die Zivilkommissare beseitigt und die militärische Kommandogewalt restlos wiederherstellt.

Der Fall Gehler ist zu einer öffentlichen Gefahr geworden. Der Reichstag darf dem Treiben dieses Reichswehrministers bezw. seiner Untätigkeit nicht mehr untätig zusehen. E. S. R.

Was wollen sie eigentlich?

Seit Tagen zieht die unabhängige Presse alle Geheißer gegen das „neue Justizhausgesetz“, wie sie die Vorlage der Durchführung der Entwaffnung nennt. Gerade die Unabhängigen haben das geringste Recht zur Entrüstung. Das Entwaffnungsgesetz ist lediglich eine Durchführung des Mittels der Entente. Und haben doch gerade die Unabhängigen bei allen Gelegenheiten den Standpunkt vertreten, daß man sich diesem Diktat widerstandslos unterwerfen müsse. Beim Versailler Frieden konnten sie gar nicht früh genug rufen: „Wir müssen unterzeichnen!“ Jetzt, wo die Folgen der bedingungslosen Unterzeichnung da sind, spielen sie die Entrüsteten, sie, die durch die vorzeitige Vermittlung jedes Widerstandes einen großen Teil der Schuld an der Gärte der Weibungen tragen. Das jetzt von ihnen verführte „Justizhausgesetz“ haben die Unabhängigen selber im Mai 1919 mit ihrem vorzeitigen Unterzeichnungsgesetz geschaffen.

Die oberflächliche Abstimmung im Winter?

Den „P. P. M.“ wird geschrieben: Laß George mit Wäntertermulden zufolge im Unterhause erklärt, die Abstimmung in Oberschlesien werde vermutlich im die Weihnachtzeit stattfinden.

„Ja, ja; da hast du recht.“ Er nickte kurz und hatte schon ein paar Schritte der Straße zu getan, in der Fritz Schmülers wohnte als die Schwester, umachend des Jungen, der seitwärts unter seinen Schindeln stöhnte, ihn noch einmal festhalten suchte; so wohlfeil sollte er denn doch nicht davonkommen. „Hans Adam!“ rief sie; „warte noch einen Augenblick! Dein Heinz...“

Hans Adam stand bei diesem Namen plötzlich still. „Was willst du, Zule?“ frug er hastig. „Was soll das mit meinem Heinz?“

„Nicht viel, Hans Adam; aber du weißt wohl nicht, was dein gewählter Junge noch am letzten Abend hier getrieben hat?“

„Nun?“ stieß er hervor, als sie eine Pause machte, um erst die Wirkung dieses Eingangs abzuwarten; „sags nur gleich auf einmal, Zule; ein Loblied sitzt doch nicht dahinter!“

„Se nachdem, Hans Adam, je nachdem! Bei der alten Lante war zum Abgeben freilich nicht viel Zeit; aber warum sollte er die schmutze Dieb, die kleine Marjotendirne, nicht von neun bis elf spazieren fahren? Es möchte wohl ein kalt Vergnügen gewesen sein da draußen auf dem Sand; aber wir Alten wissens ja wohl noch, die Jugend hat allezeit ihr eigen Feuer bei sich.“

Hans Adam zitterte, seine Oberlippe zog sich auf und legte seine vollen Zähne bloß. „Schwas nicht!“ sagte er. „Sprich lieber, woher weißt du das?“

„Woher?“ Frau Zule schlug ein fröhliches Gelächter auf — „das weiß die ganze Stadt, am besten Christian Jansen, in dessen Boot die Lustfahrt vor sich ging! Aber du bist ein Geizhals, Hans Adam, bei dem man sich leicht übeln Bescheid holen kann; und wer weiß denn auch, ob dir die schmutze Schwiegerdöchter recht ist? Im übrigen“ — und sie sagte den Bruder an seinem Rockragen und zog ihn dicht zu sich heran — „für die neue Verwandtschaft ist's doch so am besten, daß du nicht auf den Ratscherrnfluß hinaufkommest.“

Als sie folgerweise ihre Worte glückselig angebracht hatte, trat sie zurück. „Komm, Peter, vorwärts!“ rief sie dem Jungen zu, und bald waren beide in einer der vom Markte auslaufenden Gassen verschwunden.

Hans Kirch stand noch wie angeordnet auf derselben Stelle. Nach einer Weile setzte er sich mechanisch in Bewegung und ging der Gasse zu, worin Fritz Schmülers Svei-

(Fortsetzung folgt.)

finden. Ich...
ten sich...
hört, ist...
eingewie...
für den...
mungsber...
äußerst...
angefähr...
schwerh...
falls un...
wirklich...
Beitrag...
kann, dar...
Besserung...
rung der...
gestaltet...
werden, d...
Oberfläch...
den Zeitp...
Belastung...

Die...
solange...
Beteiligung...
ist die...
Krauchen...
es gibt...
Die...
am Mont...
Anfänger...
über Wort...
Kapp und...
mens...
lich, denn...
über fünf...
send berei...
Unterjuch...
über die...
Doch...
„Deutsche...
Anmeißer...
jählich...
der Vorur...
Das...
Vollpartei...
ihnen Füh...
heit selbst...
ternemen...
Kapp-Regie...
nationalen...
Dieses...
nug, um

Bezi...
Wir le...
„Wie...
wird, wird...
gelegten...
Pensions...
schleß, als...
den Ehle...
De heute...
hält eine...
lamentar...
nächsten...
Beschluß...
Wir...
teilen die...
vor lieben...
Regierung...
diese unfer...
auf ein...
Die...
Schöppli...
Reichsregie...
die Zwangs...
ne zu be...
Interesse...
die Aufgeb...
sen, ist be...
Die...
Wischen...
Anfänger...
ten nach...
Kirchenbes...
zung, Emu...
Wahlbes...
Als...
Zahn...
beite, hat...
recht sch...
anfern...
die Franz...
Anstalt...
aus diese...
werden. U...
„Reinische...
der Johann...
Zweize...
Refer. lam...
War...
dem auch...
fähigen...
natürlich...
mit seiner...
die Abg...
bes Benfor...
überprüfen...
— die...
Krauchen...
auch auf...
die Perso...
um die...
Just. Da...
vorauszu...
nischen“...
ab mit...
eine Wen...
Der...
Er...
lassen. Er...
luge hatte.

Friedrich Engels.

(Gestorben 6. August 1895.)

Von A. Conrad.

finden. Ob diese Aeußerung des englischen Ministerpräsidenten sich auf irgendwelche Entschlüsse der Vorkonferenz bezieht, ist einstweilen noch nicht bekannt; es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Anberaumung der Abstimmung für den Winter bedeuten würde, daß Tausenden von Abstimmungsberechtigten außerhalb Oberschlesiens die Reise auf ihre Heimat zu machen oder gar unmöglich gemacht würde. Die Angelegenheit der traurigen Kohlenlage Deutschlands ist die Verhältnisse in einigen Monaten gestalten werden, ist ebenfalls unklar. Aber abgesehen davon, daß die Wahl eines aus wirtschaftlichen und politischen Gründen so überaus ungünstigen Zeitpunktes den gerechten Verlauf der Abstimmung fördern könnte, darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Lage der Bevölkerung und Industrie in Oberschlesien nicht eine Verlängerung der jetzigen politischen Unsicherheit um mehrere Monate gestattet. Im übrigen mag aber noch darauf hingewiesen werden, daß der Leiter der Interalliierten Kommission für Oberschlesien, General de Mond, kürzlich noch erklärt hat, über den Zeitpunkt der Abstimmung werde vor seiner amtlichen Befolgung nichts mitgeteilt werden.

Die entzweiten Verbrecher.

Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei haben, solange sie in Opposition zur Regierung standen, solidarisch ihre Beteiligung am Kapp-Putsch standhaft abgelehnt. Nun aber ist die Volkspartei in der Regierung, die Deutschnationalen sind dagegen, dadurch hat sich die Verbrecherkollaboration gelodert und es gibt wechselseitige Beschuldigungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr empört, weil von der am Montag im Reichstag beschlossenen Amnestie die Führer und Anhänger des Kapp-Unternehmens ausgeschlossen sind. Sie achtet überdies über die Beteiligung der Angehörigen der Volkspartei an dem Kapp- und Lüttich mit der Einhaltung des Vorfalles ab. Der Vergleich ist allerdings so schlecht gewählt wie möglich, denn trotz dieses Abkommens sind in Rheinland-Westfalen über fünfzehnhundert Mitglieder der Republik angeklagt und über tausend bereits verurteilt worden während von den siebenhundert Untersuchungen gegen Kappisten bis zur Amnestie noch keine über die Verurteilung hinausgegangen sind.

Doch dies nur nebenbei. Ihren Hauptträger hat die „Deutsche Tageszeitung“, weil die Deutsche Volkspartei für das Amnestiegesetz in seiner jetzigen Fassung, also für den Ausschluß der Hauptkappisten von der Amnestie, gestimmt hat. Kommissar schreibt das Deutschnationale Organ:

„Das ist besonders bemerkenswert, soweit die Deutsche Volkspartei in Frage kommt, die nicht nur in aller Öffentlichkeit ihren Führer desabonniert, sondern die sich auch in ihrer Gesamtheit selbst desabonniert angesichts ihrer Haltung zum Kapp-Unternehmen im März. War doch die Stellung der Volkspartei zur Kapp-Regierung sehr viel ermunternder als die der Deutschnationalen.“

Dieses Geständnis des Mitangeklagten ist wertvoll genug, um nicht vergessen zu werden.

Badische Politik.

Bezirksvorstand und Staatspräsidentenkonfession.

Wir lesen in der Mannheimer „Volkstimme“:

„Wie uns von Mitgliedern des Bezirksvorstandes mitgeteilt wird, wird dieser gegen den von der badischen Regierung vorgelegten und vom Landtag angenommenen Vorschlag, der die Pensionberechtigung des eben ausgeschiedenen Staatspräsidenten festlegt, als dem Gedanken und dem Wesen des parlamentarischen Systems widersprechend entschieden ablehnend einlegen. Die heute anwesende Mehrheit der Bezirksvorstandesmitglieder hält eine solche Maßnahme mit unserer Auffassung von der parlamentarischen Demokratie für unvereinbar und wird in der nächsten Vollversammlung des Bezirksvorstandes einen entsprechenden Beschluß herbeiführen.“

„Wir untererzürten“, so bemerkt die „Volkstimme“ weiter, „teilen die Auffassungen des Bezirksvorstandes und haben bereits vor sieben Wochen, als wir zuerst von den Plänen der badischen Regierung hörten, nicht verfehlt, Mitgliedern unserer Fraktion die unsere Bedenken in eindringlicher Weise vorzutragen und auf ein Falllassen dieser Absichten hinzuwirken.“

Die Zwangsbeziehung des Tabaks. Genosse Abgeordn. Schöppel in hat im Reichstage eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob beabsichtigt ist, für die neuen Ernte die Zwangsbeziehung des Tabaks aufrecht zu erhalten oder sie zu befristet. Klarheit hierüber zu erhalten ist nicht nur im Interesse der Tabakbauern geboten. Daß die Tabakbauern für die Aufhebung der Zwangsbeziehung seit langer Zeit kämpfen, ist bekannt.

Karl Marx und der Jenfor.

Als Karl Marx Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an der alten „Rheinischen Zeitung“ in Köln arbeitete, hatte er mit einem Jenfor zu tun, der gerade ihn oft in recht schättsamer Weise behandelte. Gewiß würde der Jenfor an dem Marx anders behandelt haben, wenn er gewußt hätte, wie stark bei ihm die Gewohnheit war, auf einen Scheinmännchen zu setzen. Da dem Jenfor, wie manche andere, auch diese Wissenschaft abging, mußte er durch Schaden klug werden. Und er wurde es. Die Druckabgabe des Inhalts der „Rheinischen Zeitung“ wurden abends zu dem Jenfor gebracht, der sodann noch seines Amtes walten mußte, weil das Blatt im Laufe der Nacht gedruckt wurde und morgens in die Hände der Leser kam.

War da nun eines Abends Ball beim Oberpräsidenten, zu dem auch besagter Jenfor mit seiner Frau und seinen heiratssfähigen Töchtern eingeladen war. Der Jenfor, der natürlich ein Interesse daran hatte, gerade an diesem Abend mit seiner Arbeit fertig zu werden, wartete mit Ungeduld auf die Abgabe. Aber die kamen nicht und kamen nicht. Die Frau des Jenfors trippelte aufgeregt im Salon herum, die Töchter überprüften zum fünftelsten Male ihre Frisur im Spiegel, — die Arbeit, die erledigt werden mußte, bevor man zum Ball fahren konnte, kam nicht. Die Zeit, zu der man sich allmählich doch auf dem Feste sich einfinden konnte, rückte immer näher, die Nervosität seiner Frau stieg dem Jenfor an und das Jucken am die Rundwinkel der Töchter kündete drohende Tränenflut. Da entschloß sich der Jenfor, seine Leute zum Präsidenten voranzuschicken und von seinem Diener die Abgabe der „Rheinischen“ abholen zu lassen. Nach langer Zeit kam der Diener mit dem Bescheid zurück, die Druckerei sei geschlossen. Er habe keine Menschenmehr in dem Bau entdecken können.

Der Jenfor schäumte.

Er konnte die Nummer nicht unkontrolliert durchgehen lassen. Er durfte nicht vom Feste weichen, bevor er die Abgabe hatte.

Der große Sozialist, der vor 25 Jahren starb, wird heute von gar vielen im Munde geführt, die seines Geistes nie einen Hauch gespürt. Wenn er heute noch einmal unter uns treten könnte, er würde die Hände über dem Kopf zusammenschlagen bei all dem blühenden Unfug, der im Namen des „Marxismus“ verbreitet wird. Und da er als Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus mit seinem Namen die politischen Verirrungen derer decken soll, die das deutsche Proletariat nach Kräften in den Sumpf führen, da würde er in seiner drahtigen Art den Illusionspolitikern jeder Sorte — und wenn sie sich noch so revolutionär gebärden — die Wahrheit sagen. Denn sein stark entwickelter Wirklichkeitsinn hat nie etwas anderes als Spott gehabt für politische Phantasien, die, unbefürchtet um die Realitäten der geschichtlichen Situation ein Kirchenglein in den Wolken gründen zu können wägen. Sein wissenschaftlicher Sozialismus stand im Gegensatz zu jedem Utopismus, nicht nur insofern als Engels von detaillierten, gedanklichen Vorwegnahmen zukünftiger, sozialer Entwicklungen nichts wissen wollte, sondern auch dadurch, daß er sich der Unmöglichkeit bewußt war, ein noch fernes Kampziel in einem Sturmhauf zu erreichen, ohne sich im Zwischengelände nach und nach die Punkte zu bemächtigen, die ein stufenweises Vordringen ermöglichen. Als vielseitig gebildeter Kopf war er sich darüber klar, daß auch in sozialen Kämpfen, wie in militärischen, ein abschnittsweise Vordringen eine Rolle spielt. Und ganz fern lag ihm der Gedanke, durch bloßes fasziniertes Einstarren auf die weitere Zukunft die Anforderungen der Gegenwart aus den Augen zu verlieren und dabei etwa gleichzeitig den Boden unter den Füßen zu verlieren, auf dem die Zukunft allein aufgebaut werden kann.

Engels kam von der deutschen Philosophie her, und von ihr empfing sein Sozialismus nachdem er im Jahre 1842 Sozialist geworden, sein erstes Gepräge. Aber er unterließ sich nicht, die helle Welt von den anderen philosophischen Sozialisten, indem er seine Ideen ganz anders auf den Boden der Tatsachen zu begründen lernte. Er hatte sich, als er in den Banndkreis des Kommunismus kam, die Erwartung flegelieren lassen, daß die englische Generalstreikbewegung von 1842 die Eröffnung der sozialen Revolution darstelle. Seine erste journalistische Arbeit aus Manchester für die „Rheinische Zeitung“ galt dann dem Nachweis, warum diese Erwartungen enttäuscht werden mußten, aus Gründen der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Verhältnisse.

Die Verschmelzung von Sozialismus und Arbeiterbewegung bezweckte Engels als notwendig in seinem berühmten Buche von 1845 über die Lage der arbeitenden Klasse in England. Zweck im übrigen ist laut dem Vorwort, die Lage der arbeitenden Klasse als den tatsächlichen Boden und Ausgangspunkt aller sozialistischen Bewegungen der Gegenwart festzustellen.

Mit denen, die bei diesem Ausgangspunkt stehen blieben, ist er bald unbarmherzig ins Gericht gegangen, wegen ihres Verweilens im Dunstkreis der philosophischen Phantasie und ihres totalen Mangels an Wirklichkeitsinn und Tatsachenerkenntnis. Er verwarf sie, mit Marx zusammen im „Kommunistischen Manifest“ wegen ihres Mangels an politischem Verständnis, womit sie, am Vorabend einer bürgerlichen Revolution, gegen die Fortschrittsforderungen des Bürgertums sich wendeten und damit im reaktionären Sinne wirkten. Denn Engels und Marx

und Land 12 Abgeordnete. 3. Wahlkreis (Durlach, Würzheim, Stadt und Land, Bretten, Eppingen) 11 Abgeordnete. 4. Wahlkreis (Mannheim, Ladenburg, Weinheim, Oberheidelberg) 12 Abgeordnete. 5. Wahlkreis (Heidelberg, Neckargemünd, Sinsheim, Neckarbischofsheim, Mosbach, Weilsheim, Vöhringen, Wertheim) 10 Abgeordnete. Die Synode wird auf 6 Jahre gewählt. Die nächste Synode hat vor allem die Katechismusfrage und die Abgeordnetenfrage zu erledigen.

Die neuen Bestimmungen über den Steuerabzug.

Berlin, 5. Aug. Mit dem 1. August tritt das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind jedoch erlassen worden. Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Vorlauf ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzusetzen mit dem Werte, der sich aus den Lohnvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgestellten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festlegung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein

Was tun?
Es blieb nur eins übrig: Anspannen lassen und hin zu dem bermaldeiten Zeitungsschreiber Marx. Der Weg war lang, aber endlich hielt der Wagen vor dem Hause, in dem Marx wohnte.

Nun rief sich klingelnd. Scharf klingelnd. Keine... keine. Nichts rührte sich. Wieder klingeln, schief klingeln. Endlich wurde oben in der dritten Etage ohne besondere Eile ein Fenster aufgemacht und nach einer Weile wurde Margens Kopf sichtbar.

„Die Abzüge!“ jänzte der Jenfor, daß es weit durch die nächtliche Stille schallte.

„Gibts nicht!“ kam es von Marx noch viel lauter und so recht von oben herab.

„Was soll das heißen?“ Dem Jenfor verfehle der Born die Stimme.

Die Antwort aus dem dritten Stock war jetzt auffallend ruhig. Sanft glätteten sich die Worte: „Wir lassen morgen kein Blatt erscheinen!“

Das war um elf Uhr. Die Leute waren damals noch nicht die Nachschwärmer, die sie später geworden sind. Als der Herr Jenfor zum Oberpräsidenten kam, begannen die Wallgäste langsam zum Heimwege zu rufen.

Die Töchter des Jenfors erklärten, sie hätten sich „gar nicht amüsiert“. Auch die Frau Jenforin wollte „nichts gehabt“ haben.

Desto mehr soll sich an dem Abend ein anderer amüsiert haben: der Herr Karl Marx.

Der hatte in jener Zeit einen gelegentlichen Spaß sehr nötig. Es ist ihm zu gönnen.

Und der Jenfor hatte eine Lehre nötig. Sie war ihm zu gönnen.

Der Jenfor soll später die „Rheinische“ und ihren Marx besser behandelt haben.

Mit Groll im Herzen, aber aus wohlwollendem Zweckmäßigkeitsbewußtsein...

höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzunehmen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Besoldungen, Lohntien, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Vorbezüge, Ruhegelder, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angehörigen-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionskassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsbereitungen können vom Arbeitslohn abgezogen werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers berechnet werden.

3. Bei Arbeitsunfällen, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungeführten Tage, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzug frei. Diese Teile sind zu berechnen, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom 10prozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tageslohnabrechnung 5 Mark für den Tag, sowie je 1 Mark 50 Pfennig für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mark für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 Mark; bei Monatslohn 125 Mark für den Monat und je 40 Mark für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Übersteigt unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 Mark, so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000 Mark, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50 000 Mark 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder der Lohntien abgezogen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf ein Jahr ist das Jahr mit 300 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten zugrunde zu legen, sofern nicht nach der Art der Arbeitstätigkeit eine kürzere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (z. B. bei Saisonarbeitern).

Wenn also beispielsweise ein verheirateter Arbeitnehmer mit 4 Kindern nach Abzug der obengenannten Beiträge zur sozialen Versicherung 756 Mark Monatslohn bezieht, so berechnet sich der Steuerabzug folgendermaßen: Es sind zunächst 125 Mark abzugeben und weiter 5 mal 40 = 200 Mark für die Ehefrau und 4 Kinder, so daß insgesamt 325 Mark dem Steuerabzug nicht unterliegen. Es bleibt dann noch für den Steuerabzug eine Summe von 431 Mark, von denen 10 Prozent einbehalten sind. Das würde 43 Mark 10 Pf. ausmachen. Jedoch ist in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß der Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist. Für das Steuerjahr 1920 werden ihm somit, da der Abzug erst seit dem 25. Juni 1920 in Kraft ist, und er daher in diesem Jahre bei Monatslohn nur für 10 Monate erfolgt, 433 Mark einbehalten. Das Steuerpflichtige Einkommen für 1920 berechnet sich dagegen auf mindestens 4200 Mark, wovon für 1920 488 Mark an Einkommensteuer demnach zu entrichten sind.

Ober ein anderes Beispiel: Ein unverheirateter Steuerpflichtiger bezieht einen Wochenlohn nach Abzug der Versicherungsbeiträge in Höhe von 260 Mark. In diesem Falle sind 30 Mark abzusetzen, sodann nur von 230 Mark der 10prozentige Abzug gemacht zu werden braucht. Wird der Abzug in diesem Jahre für 40 Wochen (vom 25. Juni 1920 ab) gemacht, so werden dem Arbeitnehmer insgesamt 920 Mark einbehalten. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von rund 11 500 Mark hat er aber für 1920 demnach 1755 Mark Einkommensteuer zu zahlen.

(Aus „Der Firm“, Sozialistische Rundschau)

Badischer Landtag.

Einstimmige Annahme des Nachtragssetats. — Schluß der Landtagssitzung.

gr. Karlsruhe, 5. August.
63. Öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.50 Uhr.

1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

Finanzminister Köhler:

Zunächst dem Haushaltungsausschuß Dank für seine Arbeit, die gleichzeitig Vorarbeit war für die Besoldungsreform. Unser Bestreben war, unsere Beamten möglichst rasch in den Besitz der Bezüge zu setzen, auf die sie seit 1. April einen Rechtsanspruch haben. Die Vorkaufswirtschaft muß aufhören. Wenn der Nachtrag genehmigt ist, werden sofort die Anordnungen für die Einkünfte getroffen, so daß die Beamten bis 1. Oktober im Besitz der Bezüge sind. So schnell als möglich Beamten drücken, gehen allerdings die Dinge nicht. Bei aller Kritik muß man die Dinge so ansehen, wie sie wirklich sind. Wir werden alle Vorarbeiten treffen, um auch die Ruhegehaltsempfänger in den Besitz der Bezüge zu setzen, wenn es auch jetzt nicht möglich war. Fraglich bleibt allerdings, ob Kosten für unser Land tragbar sind.

Voraussetzung für die Balance unserer Steuern ist eine Festigung unserer Wirtschaft und unserer politischen Verhältnisse. Angesichts dessen ist alle Kritik alles andere als Vaterlandsfremdlich. (Sehr richtig.) Es gibt sehr viele Männer, die draußen weinend gegen die Verschleuderung des Staatsgutes, die aber alles tun, um die Abwicklung der Heeresangelegenheiten zu verschleppen. Die Wünsche an die Ministerien werden immer zahlreicher und ihnen muß nachgegangen werden; dies erfordert aber nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch zahlreiche Beamten. Die Leistung macht sich nicht nur im Privathaushalt bemerkbar, sondern auch im Staatshaushalt. Sie ist eine Folge des verlorenen Krieges und wirkt alle Berechnungen über den Haufen. Hieran können, wie Berlin zeigt, auch „Fachminister“ nichts ändern. Es ist fribold zu behaupten, daß keine Arbeitskraft da ist, in einem Moment, wo mangels Rohstoffe viele Arbeiter entlassen werden. Die Arbeiter wollen schaffen (Sehr richtig links.), aber finden vielfach keine Arbeit. Wir leiden an der Abwicklung des Krieges, mehr will ich nicht sagen, um mich nicht der Gefahr auszusetzen, von einer gewissen Seite einer „nichtsinnigen Redensart“ bezichtigt zu werden. (Zwischenruf rechts.) Helfen kann uns nur unermüdete Arbeit, die unser Finanzwesen saniert. Alle Klassen müssen zur Opferwilligkeit erzogen werden. Alle Teile unseres Volkes müssen gleichmäßig zu den Steuern beizugehen werden. Es wäre unerträglich für uns, wenn im Norden und Osten des Reiches die Steuererhebung leger betrieben würde, als bei uns. Wir könnten dies für unsere badische Bevölkerung nicht verantworten. Hierauf aufmerksam zu machen, ist Pflicht eines badischen Finanzministers. (Sehr richtig.) Weisheit muß auch werden eine Steuerhinterziehung durch Verrechnung der Einnahmen als Spesen. Er freut sich, daß nunmehr auch die freien Verweise ihre Steuerregulierung erhalten; unsere Beamten arbeiten Tag und Nacht, um die Steuerregulierung auszuführen. Wenn unsere Steuern nicht eingehen, gibt es keine Aussicht aus dem Finanzjargon.

Unsere Bahnen müssen nach kaufmännischen Grundsätzen betrieben werden. In dem Parlament muß eine Einschränkung der Bewilligungslust eintreten. In diese Situation müssen wir auch die badische Finanzwirtschaft hineinführen. Sparam müssen wir mit den Administrativbudgets umgehen. Wir schließen das Rechnungsjahr 1919/20 mit einem günstigen Abschluß ab. Der Ueberschuß beträgt am 31. März 1920 74 Millionen. Die badische Finanzpolitik geht hier die gleichen Wege wie früher. Wir müssen jedoch immer mit unvorhergesehenen Ereignissen rechnen. Der Staatsvoranschlag 1920 stellt uns vor schwere Fragen. Die Forderungen für die Beamten sind hoch, aber mit einem starren Nein lassen sie sich nicht abtun. Es ist vor allem ein planmäßiger Preisabbau nötig. Die 50 Prozent Steuererhöhung sind vorerst nur bis 31. Dezember 1920 bewilligt. Jeder Abbau muß jedoch in Verbindung mit dem Reich vor sich gehen. Baden darf nicht schlechter gestellt werden als andere Länder. Die Herabsetzung der Steuererhöhung mußte jedoch gestaffelt werden. Notwendig ist aber, daß Reich, Länder und Gemeinden einträchtig zusammenarbeiten. Die Gemeinden haben vielfach Besoldungsordnungen gemacht, daß man meint, sie schwimmen im Geld. Der Staat ist nicht in der Lage, hierfür Gelder zur Verfügung zu stellen. Der 2. Nachtrag soll die Aufwendungen enthalten für die außerplanmäßigen Beamten und die sachlichen Ausgaben. Er wird aufgearbeitet werden auf den Grundriss der Einkünfte. Wir wollen die Ferienzeit des Landtag dazu benützen, alle Ausgaben zu prüfen. Wir müssen uns daran erinnern, daß in den nächsten Jahren Staatsneubauten, abgesehen von Notwohnungen, nicht errichtet werden. Zu den kulturellen Bestrebungen wollen wir die karitativen Kräfte wecken. Am einträchtigen Zusammenarbeiten liegt die Garantie unseres Fortschrittes. Den freien Samstag nachmittag wollen wir nicht aufheben. Wir müssen alle Steuerquellen ausschöpfen. Wenn Landtag und Regierung zusammenarbeiten, wird eine Bilanzierung unseres Glanz im Jahre 1920/21 stattfinden. Eine Schwächung unseres Kredit bedeutet es, wenn man unsere Finanzwirtschaft als ungesund bezeichnet. Eine solche Behauptung ist unrichtig und unwahr. Aus den Ländern heraus muß das Reich zur Geländung kommen. Durch unser ganzes Volk geht ein Zug nach Ordnung und Autorität. Nicht in Gestalt eines Diktators, sondern durch den freien Willen des ganzen Volkes werden wir vorwärts kommen. (Beifall.)

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.R.) stimmt dem Finanzminister hinsichtlich des Ernstes unserer Finanzlage zu. Zugabe ist, daß wir in Baden eine gerechte Steuerveranlagung haben, wie sie nicht in allen Reichsteilen besteht. Aber die Neuerungen über die norddeutschen Steuerzahler sind politisch nicht gutzuheißen. Wir werden gegen die Position stimmen, durch die drei Presseberichte im Ministerium des Innern etatsmäßig werden. Bei einer Position über die evangelische Kirchenorganisation werden wir uns der Abstimmung enthalten.

Es folgen die Abstimmungen: Gegen die Statifizierung der drei Presseberichte stimmen die Deutschnationalen. — Ein Antrag des Ausschusses, den Beamten der Polizei und Gendarmerie eine Gefahrenzulage zu gewähren, wird einstimmig angenommen.

In der Gesamtstimmung wird der 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag einstimmig angenommen.

Gemeinnützige Rechtsauskunftstellen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet über die aus dem Hauptvoranschlag zurückgestellte Anforderung für gemeinnützige Rechtsauskunftstellen. Die Kommission lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung dieser Position auf 50 000 M mit 8 gegen 7 Stimmen ab. Der Regierungsantrag auf Genehmigung von 30 000 M für gemeinnützige Rechtsauskunftstellen fand Zustimmung.

Eingegangen ist ein Antrag Heurich (Ztr.) u. Gen., den Staatszuschuß für gemeinnützige Rechtsauskunftstellen nur solchen Sekretariaten zuzuwenden, die bereits am 1. Januar 1915 bestanden haben.

Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Ztr.) begründet vorstehenden Antrag mit dem Hinweis, damit Zerplitterungen zu verhindern. Der Antrag Heurich, sowie der von der Regierung angeforderte Betrag von 30 000 M für die gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen werden genehmigt.

Abg. Wittmann (Ztr.) berichtet über den Gesekentwurf über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes, der als Ratgeber die Fortführung der Verwaltung ermöglicht und beantragt Annahme des Gesekentwurfs.

Eingegangen ist ein Antrag einer Reihe Abgeordneter aller Parteien, zu prüfen, ob nicht der Staatsvoranschlag für 1920 auch für 1921 als maßgebend betrachtet werden könne.

Abg. Dr. Rehter (Ztr.) begründet den Antrag. Finanzminister Köhler stimmt dem Antrage zu, weist jedoch auf die notwendigen Nachträge hin.

Der Gesekentwurf über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes findet einstimmige Annahme in erster und zweiter Lesung. — Der Antrag auf Prüfung bezüglich des Staatsvoranschlags wird angenommen.

Der Gesekentwurf auf Abänderung des Gesetzes über die Haltung von Jagdfarren findet in zweiter Lesung Annahme.

Familienversicherung.

Abg. Mauls (Soz.) berichtet namens der Kommission über das Gesetz der badischen Gesellschaft für soziale Hygiene hinsichtlich Einführung der spangawischen Familienversicherung im Reich und in Baden und stellt folgenden Antrag: den Wunsch auf Schaffung eines Reichsgesetzes, das sämtliche Krankenkassen Familienunterstützung gewähren müssen und den Wunsch, durch Reichsgesetz den Ländern die Befugnis zur Einführung der Familienversicherung zu erteilen, der Regierung empfehlend zu überweisen und im Falle der Annahme dieses Wunsches, die Eingabe auf Erlassung eines badischen Landesgesetzes zur spangawischen Einführung der Familienversicherung der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anträge und Petitionen.

Der Antrag Spensler (Ztr.) auf Abänderung des Jagdgesetzes durch Bezeichnung der Grundeigentümer für die Gemeindefälle wird der Regierung als Material übergeben.

Abg. Bienenfeld (Ztr.) berichtet über den Antrag Viebauer (Dem.) auf Förderung der Hindiehsucht durch Steigerung der Leistungsfähigkeit. — Der Antrag wird angenommen.

Das Gesetz um Erlassung eines Reichsgesetzes gegen das Schieberum wird durch die Maßnahmen der Regierung als erledigt erklärt. — Ueber das Gesetz des Verbandes des deutschösterreichischen Schuh- und Schuhbundes Karlsruhe wegen Ostergebäck an die jüdische Bevölkerung wird zur Tagesordnung übergegangen.

Ueber das Gesetz der Firma Sent und Kieberteller in Heidelberg um Rückzahlung der für die Generalstreikstage an ihre Arbeiterbeiträge gezahlten Löhne wird zur Tagesordnung übergegangen.

Ueber das Gesetz der Freiburger Volkswehr um Lohnnachzahlung beantragt die Mehrheit der Kommission zur Tagesordnung überzugehen. — Von dem Abg. Marloff (Soz.) und Gen. ist ein Antrag eingegangen, das Gesetz empfehlend zu überweisen, den Abg. Marloff (Soz.) unter Hinweis auf die besonderen Verhältnisse Freiburgs befristet. — Abg. Schell (Ztr.) bittet den Antrag Marloff abzulehnen. — Der Antrag Marloff (Soz.) auf empfehlende Ueberweisung wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Das Gesetz der 11 im Ruhezustand befindlichen Eisenbahnaffizientinnen um Erhöhung ihres Ruhegehalts wird als Material übergeben. — Ueber das Gesetz des Regierungsrats Dr. Koch bezüglich der zum Decretesdienst eingezogenen Beamten wird zur Tagesordnung übergegangen. — Ueber das Gesetz gegen die Vermietung des Zigarettenstoffs am Hauptbahnhof Karlsruhe wird zur Tagesordnung übergegangen.

Das Gesetz von Sambrüden und Kuttenseim um eine Stelle wird empfehlend übergeben. — Das Gesetz der Kraftwagen-Gesellschaft Säckingen-Hersfelden und Gönzweil-Abzweig wird durch die Regierungsmassnahmen als erledigt erklärt.

Es folgt die Wahl des landständischen Ausschusses, der sich aus dem Präsidenten und 9 Mitgliedern des Hauses zusammensetzt.

Präsident Kopf gibt zum Abschluß der Tagung die Landtagsstatistik bekannt und teilt weiter mit, daß es zwar nicht wünschenswert sei, daß der Landtag vor seinem gerichtlichen Schluß am 15. Oktober nochmals zusammentritt, daß jedoch davon abgesehen werde, ihn jetzt zu schließen. Der Ausschluß der Vertretungsmänner schlägt vor, die nächste öffentliche Sitzung des kommenden Landtags am 18. Oktober stattfinden zu lassen, wobei dem Präsidenten die Tagesordnung vorbehalten bleibt. Wir wollen hoffen, daß unsere Arbeit dem Hause zum Segen gereiche.

Abg. Marloff (Soz.) dankt namens des Hauses dem Präsidenten für seine Geschäftsführung.

Präsident Kopf schließt die Sitzung mit dem Wunsche guter Erholung nach der verdienstvollen Arbeitsleistung.

Nächste Sitzung: Montag, 18. Oktober.

Schluß der Sitzung: 1.35 Uhr.

Aus der Landtagsstatistik.

Zum Abschluß der Landtagssitzung teilt Präsident Kopf mit, daß 63 öffentliche und 290 Ausschüsse des Landtags stattfanden. Es gingen ein im Hause: 66 Gesekentwürfe, 64 Anträge aus dem Hause, 62 Interpellationen, 97 kurze Anträge. Im Gesuchen gingen 272 ein, wovon 191 erledigt wurden. In erledigt blieben 17 Regierungsvorlagen, 16 Anträge, 14 förmliche Anfragen und 8 kurze Anträge. Die unerledigten Gesetze und sonstigen Gegenstände bleiben der kommenden Landtagssitzung vorbehalten.

Der badische Landtag erledigte vor seinen Ferien noch die langwierigste Position der Rechtsauskunftstellen. Wenn auch im Haushaltungsausschuß die Forderung des sozialdemokratischen Antrages auf 50 000 M keine Annahme fand, so wurde in der Schlußsitzung des Landtags doch endlich die Anforderung des Arbeitsministeriums, den gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen 30 000 M zu bewilligen, genehmigt, wenn auch durch einen Antrag des Zentrums hierfür nur die Rechtsauskunftstellen in Betracht kommen, die bereits am 1. Januar 1915 bestanden haben.

Die Wahl des landständigen Ausschusses ergab gemäß Uebereinkommen der Parteien folgendes Resultat: Maier-Heidelberg, Marum und Strobel von den Sozialdemokraten; Schöfer, Rehter und Witte mann vom Zentrum; Dietrich und Glöckner von den Demokraten und Mayer-Karlsruhe von der Freiw. Nat., wozu als Präsident der Präsident des Landtags, Dr. Kopf kommt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Aug. Die Sitzung beginnt um 10 Uhr vor-mittags. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesekentwurfs über die

Entwaffnung der Bevölkerung.

Die Regierungsparteien hatten eine Reihe von Kompromissanträgen eingebracht.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.) legt nochmals den abschließenden Standpunkt seiner Partei dar und weist darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft unter keinen Umständen dulden werde, daß Ententeunternehmen zum Kampfe gegen die Sowjetregierung durch Deutschland durchgeführt werden.

Reichsminister Dr. Simon: Der Friedensvertrag und das Abkommen von Spa verpflichten die deutsche Regierung, eine Maßnahme zu ergreifen, wie der Entwurf sie enthält. Diese unsere Pflicht darf nicht sabotiert werden. Der Umfang der Gewalt des Reichskommissars für die Entwaffnung untersteht der Kontrolle des Reichstags. Er ist also kein Diktator. Die Anträge der Regierungsparteien sind das Neueste, dem die Regierung zustimmen kann. Der Kommissar wird eine schwere Aufgabe haben. Er wird unbedingt die Parität bei seinem Vorgehen wahren müssen und wird auf die innere und äußere Lage der deutschen Nachstellung Rücksicht nehmen müssen. Die Machtmittel dürfen sich einerseits nur in der Hand des Reiches befinden, andererseits sind diese Machtmittel durch das Protokoll von Spa beschnitten. Wir müssen unsere Neutralität aufrecht erhalten. Die Entente hat ein Interesse daran, Truppen durch Deutschland nach dem Osten zu senden. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß bereits Vorbereitungen dazu im besten Gebiet getroffen werden, so würde damit die Neutralität verletzt. Ob besetztes oder unbesetztes Gebiet, es ist deutsches Gebiet und darf unter keinen Umständen zu einer Operationsbasis für eine der kriegführenden Parteien werden. Ich habe gestern eine ernste Unterredung mit dem Geschäftsträger der französischen Botschaft über die Flagenfrage gehabt. Diese Frage ist noch nicht entschieden. Die Situation ist zwar gespannt, doch wird alles geschehen, um eine Entspannung herbeizuführen. Ich bitte, alles zu vermeiden, was die Lage verschärfen könnte.

Abg. Stelling (Soz.): Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, daß durch ein Scheitern des Gesetzes die Vereinbarungen von Spa wieder in Frage gestellt werden.

Nach einer weiteren Erklärung des Ministers des Innern Dr. Koch wird zu

§ 1 ein Zusatz angenommen, wonach von der Ablieferung nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenzahl ausgenommen ist.

Die Bestimmungen des § 2, wonach der Reichskommissar festsetzt, welche militärische und polizeiliche Organe von der Ablieferungspflicht befreit sind, werden abgelehnt.

Gemäß § 3 a bekommt der Reichskommissar einen vom Reichstag gewählten Beirat von 15 Personen.

Der gestrichene § 9 über die Befugnisse des Reichskommissars wird in der Fassung angenommen, daß er Bestimmungen über Quartierleistungen und Materialleistungen für die Sicherheitspolizei und andere von ihm herangezogene Hilfskräfte zu erlassen hat. Das Recht des Reichskommissars, die Abgabe eideschwörender Versicherungen zu verlangen, wird ebenfalls wieder hergestellt.

Nach Beendigung der Einzelberatung erklärt der Abg. v. Gallewiz (D.P.), daß ein Teil seiner Freunde mit Rücksicht auf Ruhe und Ordnung für das Gesetz stimmen werde.

Dies wird schließlich mit einer großen Mehrheit gegen die Unabhängigen und die Bayerische Volkspartei und einige Deutschnationale angenommen.

Darauf wird die Aussprache über die Interpellation über die

Arbeitslosigkeit.

Abg. Andre (Zent.): Im Gegensatz zum Arbeitsminister fürchte ich, daß die Krise lang dauern wird. Seinem Appell an die Unternehmer pflichte ich bei. Sie müssen sich jetzt mehr als je ihrer sozialen Pflicht bewußt sein und dürfen Arbeiter ohne zwingende Not nicht entlassen.

Abg. Lambach (D.R.): Wir sind zu einem Arbeitnehmervolk geworden gegenüber dem Arbeitgeber der Entente. Um die deutsche Arbeit nicht zu schädigen, wird man mit Einfuhrbeschränkungen für ausländische Fertigfabrikate vorsichtig sein müssen.

Arbeitsminister Dr. Brauns: Das reale Einkommen des deutschen Volkes ist gesunken. Das ändert aber nichts daran, daß sich die Arbeiter relativ besser stellen als viele andere Volksteile, z. B. die meisten Beamten und Akademiker. Eine Gleichstellung der Frauen mit den Männern ist bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht erforderlich, weil der Nahrungsbedarf im Durchschnitt geringer ist als der des Mannes. Die deutsche Arbeiterklasse soll planmäßig gesteigert werden. Bezüglich der Sozialversicherung stehen wir auf dem Boden des Reichswirtschaftsrats.

Abg. Dr. Molkenhauer (D.V.): In dem Antrag der Unabhängigen sind Gesichtspunkte enthalten, über die sich diskutieren läßt. Jedenfalls sind wir dagegen, daß die Arbeitslosenunterstützung maßlos gehäuft wird.

Abg. Grellenz (Dem.): Bei der Arbeitslosenunterstützung ist zu erwägen, inwiefern die Auszahlung in Natura geleistet werden kann. Auf den Ausbau des Arbeitsnachweises darf man nicht allzu große Hoffnungen setzen.

Abg. Jaener (U. Sp.): Die Arbeitslosenfürsorge darf nicht zu weit gehen.

Abg. Kaiser (Soz.): Die Zusicherung des Ministers hat nicht die Tragweite, um Willkür von Menschen zu beruhigen. Mehrere werden sich dann dem Nachbendtag zuwenden. Die Arbeitslosigkeit liegt die Gewähr für die Steigerung der Arbeitsintensität. Die Hauptfrage sei die Beziehung der Arbeiter zu Frau und Mann.

Arbeitsminister Dr. Brauns: Das Reich wird 35 Millionen Mark für jene dauernd Erwerbslosen zur Verfügung stellen, die Angehörige zu verlorren haben. Diese 35 Millionen werden den einzelnen Ländern überwiesen werden in der Vorauszahlung, daß auch sie noch einen Zuschuß gewähren, und daß man im ganzen zu einem Fonds von 60 Millionen Mark kommt.

Der Antrag der Unabhängigen wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Der Präsident erteilt und erhält die Genehmigung, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Er hofft, daß die Verhältnisse es nicht nötig machen, den Reichstag früher als in normalen Zeiten üblich, einzuberufen und wünscht den Mitgliedern gute Erholung.

Vertragung des Reichstags.

Berlin, 5. Aug. Der Vorkommensausschuß des Reichstags lehnte den Antrag, wonach der Reichstag wegen der politischen Lage weiter versammelt bleiben solle, ab. Das Haus wird bis 12. Oktober vertagen. Sollten jedoch politische Ereignisse es erforderlich machen, so ist Vorfrage getroffen, daß der Reichstag jederzeit wieder zusammentreten kann.

Soziale Rundschau.

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassenverbänden.

Die Verhandlungen zwischen der ärztlichen Landeszentrale und der reibtsgemeinschaft badischer Krankenkassenverbände wegen Abschluß eines neuen Mantelvertrags zur Regelung der Verhältnisse von Krankenkassen und Ärzten sind gestern zu Ende geführt worden. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:

Für eine Sprechstundenberatung am Tage sind 4 M., bei Nacht 8 M. zu bezahlen. Die Gebühr für einen Besuch beträgt bei Tage 6 M., bei Nacht 12 M. Als Begehren werden pro Doppelzimmer bei Tag bis zu 6 M., bei Nacht bis zu 10 M. bezahlt. Für Einzelleistungen werden auf die Höhe der badischen Gebührenordnung vom Jahre 1918 bis Gebühren bis 10 M. 100 Prozent, bei Gebühren über 10 M. 125 Prozent, Zuschlag gewährt. Die Honorare gelten vom 1. April bis 31. Dezember 1920.

Fortsetzung der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe.

Wie wir schon gestern kurz berichteten, fand die Fortsetzung der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins am Mittwochabend im kleinen Saale der Festhalle unter großer Beteiligung der Genossen und Genossinnen statt.

Vor Eintritt in die Diskussion über die Referate der Genossen Dr. Diez und Schöpplin gab Gen. Lang zuerst den Massenbericht vom letzten Quartal sowie die Abrechnung der Wahlfondskasse bekannt. Trotz der sehr großen Ausgaben ist der Bestand der Kasse des Ordens, ein Verhältnismäßig guter. Der Mitgliederstand hat wieder einen Zuwachs von 111 Genossen zu verzeichnen. Beim Besonderen der Abrechnung über die Wahlfondskasse konnte Gen. Lang die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Wahlfondskasse einen sehr guten Absatz gefunden und der ständige Parteibereich nicht nur die am Orte anfallenden Wahlkosten decken konnte, sondern sogar noch in der Lage war, eine erhebliche Summe an den Landesvorstand abzuliefern. Gen. Kunge lobte in seiner Eigenschaft als Revisor die sorgfältige Kassenführung des Gen. Lang, was sehr beifällig aufgenommen wurde.

Sobald einwöchige sich eine kleine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob in der nun folgenden Diskussion über die Referate der Gen. Dr. Diez und Schöpplin beschränkte oder unbeschränkte Redezeit gewährt werden soll. Die Versammlung entschied sich für letztere. Als erster Redner erhält das Wort Gen. Kunge: Gen. Dr. Diez verlangte in der Versammlung im „Elefanten“ Klarheit innerhalb der Partei zu den politischen Tagesfragen und zur Mitediktatur. Gen. Schöpplin hat an den Ausführungen des Gen. Dr. Diez scharfe und einseitige Kritik geübt. Einzig und allein haben wir nur durch die Revolution 1918 etwas erreicht. Im Parlament wurde viel veräußert, so z. B. auf dem Gebiete der Bauindustrie, ebenfalls bei der Einkommensteuer. Die heutige wirtschaftliche Lage mit ihrer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Teuerung usw. macht das Leben für den Arbeiter einfach unerträglich. Die Reichsregierung verfährt nicht mit allen Bürgern gleich, denn mit den Beteiligten an Kaputtdeutschland wurde viel scharf verfahren, als mit Arbeitern verfahren wird, die an Lebensnotleidens umher irren, beteiligt sind, trotzdem oft die Not zu lehren treibt. Der Winter steht bald an die Türe und viele wissen nicht, wie sie ihre Kartoffeln und Kohlen eintreiben können. Die Sozialisierungsprobleme wurden nicht energisch genug in die Hand genommen. Ueber das Mitediktatur sind sich die Gelehrten selbst nicht einig. Gen. Schöpplin hebt hervor, daß wir unbedingt auf dem Boden der Demokratie stehen, aber er sagte auch, daß ein Führer, wenn es sein muß, auch gegen den Strom der Masse schwimmen müsse. Die Arbeiterführer haben es nicht verstanden, die politische Macht der Arbeiterschaft auszunutzen, darüber sind sich die Sozialisten aller Richtungen einig. Vor allen Dingen hätte der Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden müssen. Zum Schluß beschloß sich Redner mit der Presse und betonte, daß scheint der Geist Wilhelm Stöck in der Redaktion des „Volksfreund“ wieder herrschend sei. Eine objektive Berichterstattung über alle Vorkommnisse, sowie der Ausbau der Presse sei erforderlich.

Gen. Wöhlinger: Wenn gesagt wird, die Führer hätten verfahren, sie hätten nicht energisch genug zugegriffen, so sei festgestellt, daß in der ersten Revolutionszeit, wo die Arbeiter- und Soldatenräte ihren Dienst versahen, gerade Gen. Dr. Diez in diesen Sitzungen gebremst und insbesondere die Diktatur abgelehnt hat. An den äußersten Lebensbedingungen der Arbeiter ist nicht die Partei schuld. Anstatt zu überlegen, wie wir aus dem heutigen Dilemma herauskommen, wird über die Führer geschimpft. Diese Denkmuster ist nicht marxistisch. Viele erschaffen nun durch den Bolschewismus die Erlösung. Heute trifft zu einem Teil das zu, was Karl Marx anlässlich des Kommunistenprozesses über die Revolutionsmänner gesagt hat: „An die Stelle der kritischen Anschauung tritt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Kriebebad der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerringe durchgemacht, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Macht zu befähigen, sagt ihr im Gegenteil: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen.“ Wie die Demokraten, schiebt ihr der revolutionären Entwicklung die Rede der Revolution unter.“ Wir können nicht mit plumpen Redensarten die Verhältnisse verbessern, sondern nur durch organische Arbeit. Unsere heutige elende Lage ist nur die Folge des Krieges.

Gen. Dr. Kahn macht zuerst Mitteilungen über Anschuldigungen, Jugend- und Bildungsfragen. Er findet jedoch die Haltung des „Volksfreund“ nicht scharf genug. Ohne die Revolution wäre nichts erreicht worden, das Parlament hat das Erregene nur festgelegt. Gen. Dr. Diez will in die Bewegung mehr Schwung hineinbringen. Wenn wir mit unserer parlamentarischen Arbeit so weiterfahren, so entwickeln wir uns zu einer Reformpartei. In seinen weiteren Ausführungen begibt sich der Redner auf das persönliche Gebiet und nimmt insbesondere die Ausführungen sowie die Persönlichkeit des Gen. Dr. Diez in Schutz unter starken Ausfällen gegen Gen. Schöpplin. Gen. Dr. Diez: Das Gen. Dr. Diez in der Versammlung lehrte Mal gefehlt hat, ist zu verzeihen, aber Gen. Schöpplin hätte nicht in der scharfen Art gegen ihn vorgehen sollen. Ein Austritt der Genossen aus der Regierung darf nicht stattfinden. Die Redner würden doch nur die Arbeiter, die nachher wieder froh wären, wenn die Genossen wieder in der Regierung sich befänden. Wir haben schon oft in Karlsruhe über Prinzip und Taktik gestritten, aber wenn es geht, Arbeiterforderungen durchzubringen, so war z. B. der verstorbene Gen. Kolb viel radikaler als mancher radikale Pfaffenprediger. Beide Resolutionen bitte ich abzulehnen, diejenige von Gen. Schöpplin, daß wir auf dem Boden der Demokratie stehen, halte ich für selbstverständlich.

Gen. C. Gert: Nur mit Idealismus und Theorie kommt man in der Welt als Politiker nicht durch. Gen. Dr. Diez hat hohe persönliche Eigenschaften, aber wir müssen ihm doch sagen, daß er nicht so im täglichen Leben steht, um zu erkennen, was praktisch möglich ist. Wir müssen aber praktisch arbeiten. Gen. Dr. Kahn: man hat versucht, sich mit den Anhängern von Dr. Diez vertraut zu machen, aber er hat bald eingesehen, daß es auf dem von Dr. Diez vorgeschlagenen Weg nicht geht. Entweder die Diktatur oder Demokratie! Es ist gesagt worden, die Diktatur sei nötig, um rascher vorwärts zu kommen. Wir alle empfinden wohl, daß es mit der Erreichung unserer Ziele nicht rasch genug vorwärts geht. Die Frage ist aber die, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, daß es rascher geht. Man muß auch bedenken, wie ungeheuer kompliziert diese Fragen sind, wie die ganze Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, Produktion, alles eng miteinander zusammenhängt, und daß das eine Umformung ungeheuer schwierig ist. Die politische Umformung haben wir in einem Tage machen können, allein die wirtschaftliche Umstellung geht so rasch nicht. Leider wird auch bekannt, was es heißt, all das, was in Jahrhunderten bestand, auf einen Schlag zu beseitigen; trotzdem sind diese Errungenschaften außerordentlich große. Erst künftige Generationen werden voll den Genuß dieser Errungenschaften kommen. Wenn es uns

sofort nach der Revolution möglich gewesen wäre, die Wirtschaft in die Hand zu nehmen, so wäre dennoch ein Mißerfolg nicht ausgeblieben, weil uns der Stamm sozialistisch geschulter technisch und wirtschaftlich gebildeter Genossen gefehlt hätte. Niemand bestreitet, daß gelegentlich einmal Gewalt angewendet werden muß. Das spricht aber keineswegs gegen die Auffassung, daß die Demokratie der einzig richtige Weg ist. Die Diktatur von oben wie die von unten ist zusammengesbrochen. Wir müssen unbedingt an den bewährten Grundsätzen der Partei festhalten.

Was die Frage der Beteiligung an der Regierung betrifft, so darf auf andere Staaten, Schweden, Dänemark, abgesehen werden. Die ausländischen Genossen haben sich früher immer gemindert, daß unsere Partei mit ihrer glänzenden Organisation, ihrer großen Stimmzahl so einflußlos war. Wir haben jetzt die Möglichkeit, den Einfluß des Proletariats überall geltend zu machen. Die Republik muß die Plattform sein, auf der um die Durchführung unserer sozialistischen Grundsätze gekämpft wird. Hauptsache ist aber, die Durchbildung und Erziehung der Massen.

Gen. Krieg: Die Unzufriedenheit rührt daher, weil die Masse nicht einverstanden ist mit dem, was die Führer tun. Deshalb verlangen wir den Austritt aus der Regierung, damit freie Bahn geschaffen wird. Die ganzen Erfolge, die wir errungen haben, sind nicht solche der Genossen in den Regierungen und in den Parlamenten, sondern sie sind nur erreicht durch den Druck der Massen, die hinter den Genossen standen. Vor dem Kriege wurden wir von den Bürgerlichen verleumdet, verfolgt, eingesperrt, da brauchte man uns nicht. Wenn sie uns jetzt mit dabei haben wollen, so darf uns das nicht maßgebend sein für unsere Entschlüsse. Was das Ausland tut, kann uns nicht berühren. Die Parteigenossen in den anderen Ländern haben keinen Grund, sich auf das hohe Maß zu setzen. Der beste Beweis, daß wir keine Macht mehr haben, ist die Ablehnung der Waiseier; im letzten Jahre, als die Bürgerlichen noch Angst hatten, da stimmten sie der Waiseier zu. Doch Ebert die Todesstrafe bestätigt, muß doch für unsere Partei schädlich wirken. — Was die gegen. Erfolge betrifft, so sei nur darauf hingewiesen, daß ich im letzten Jahre in einer Parteiversammlung einen Antrag gestellt hatte, auf Ausbau des Versicherungswesens. Der Antrag wurde damals angenommen, aber seitdem hört man nicht mehr davon. Gen. Kader sagt, er müsse aufgegeben werden; wie lange soll aber der Aufbau dauern? Das kann jahrelang währen. Jetzt aber gilt es, jetzt muß versucht werden, vorwärts zu kommen. Beide Resolutionen können zurückgezogen werden. Dagegen solle man darüber abstimmen, wie die Genossen über die Teilnahme an der Regierung denken.

Gen. Scherwert schlägt nun vor, mit der Diskussion abzubrechen, es sind noch eine größere Anzahl Redner vorgemerkt. Zur Weiterdiskussion schlägt Gen. Scherwert vor, im September fortzufahren. Es solle dort in einer Versammlung zum deutschen Parteitag, der im Oktober stattfindet, Stellung genommen werden, wobei Gen. Dr. Diez und ein noch zu bestimmender Korreferent sprechen sollen. Heute soll nur noch über die zur Generalversammlung gestellten Anträge abgestimmt werden. Die Versammlung ist mit diesen Vorlesungen einverstanden.

In einer persönlichen Bemerkung weist Gen. Schöpplin verschiedene unrichtige Äußerungen des Gen. Dr. Kahn zurück. Er habe nicht dem Gen. Dr. Diez sprunghafte Charakter vorgeworfen, wie Dr. Kahn behauptet habe, sondern sprunghafte Denkmuster; es sei dies ein großer Unterschied. Auch bestreite er die Diktatur des „Volksfreund“, vielmehr können im „Volksfreund“ auch abweichende Meinungen zum Ausdruck kommen; über die Aufnahme entschiede allerdings die Redaktion. Der „Volksfreund“ ist ein Kampforigan der Sozialdemokratie, deren Grundsätze er vertritt.

Es folgen nun die Abstimmungen über die zahlreichen Anträge.

Der Antrag des Vorstandes auf Beitragserhöhung wird im Hinblick auf die in zwei Monaten vom deutschen Parteitag zu regelnde Beitragsfrage abgelehnt.

Der Antrag des Parteivorstandes, die Eintrittsgelder von 50 Pf auf 1 M. zu erhöhen wird einstimmig angenommen. Ein Antrag Mühlberg betreffend energische Bekämpfung des Preiswuchers und den Abbau der Lebensmittelpreise wird der Preisprüfungskommission überwiesen. — Ein weiterer Antrag, der eine Kontrolle der Preise für möblierte und unmöblierte Zimmer sowie für Untervermietungen verlangt, um dem Wucher vorzubeugen, wird dem Stadtrat überwiesen. — Ein Antrag verlangt, daß der sozialdem. Abgeordnete für Karlsruhe bei der Reichstagsfraktion dahin wirken, daß sofort eine Revision des Einkommensteuergesetzes in die Wege geleitet werde, bei der die Einkommen unter 15 000 M. entlastet werden, wird der Reichstagsfraktion überwiesen, desgleichen ein Antrag, daß endlich die durch Gesetz festgelegte Vermögensgabe zur Durchführung gelangt und daß versucht werde, das ins Ausland vertriebene Vermögen zu erfassen, ferner der Antrag, der sozialdem. Abgeordnete für Karlsruhe möge dahin wirken, daß Arbeiter und Beamte mit einem Einkommen unter 15 000 M. von der Wehrsteuer befreit bleiben und endlich ein Antrag, der verlangt, daß das reaktionäre Versicherungsgesetz auf eine gerechte Grundlage gestellt werde. — Zwei Anträge betr. Ausbau des Sonnenbades am Dammesstock und betr. die Schaffung von Familienbädern werden der Bürgerausschusskommission überwiesen.

Zum Schluß weist Gen. Scherwert noch auf die im September stattfindende Agitation für den „Volksfreund“ hin und fordert weiter die Genossen und Genossinnen auf, an der am nächsten Sonntag stattfindenden Einweihung des Sportplatzes der Freien Turnerschaft teilzunehmen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 6. August.

Herunter mit den Löhnen und Gehältern!

So schreiben jetzt schon, nachdem der sog. Preisabbaufaun in Erscheinung getreten ist, gewisse Geschäftsleute und Fabrikanten. Man will scheinbar etwaigen Forderungen nach Erhöhung der Teuerungszulagen oder Röhne von vornherein ein Paroli entgegenstellen. Angehört dieser weisen Vorlesungen muß man sich doch fragen: Haben diese Geschäftsleute die heute so laut nach Ausbau der Röhne und Gehältern für ihre Arbeiter und Angestellten gerufen, als ihre Produkte und Waren sprunghaft, ja tatsächlich ins Ungemessene und geradezu Wahnsinnige in die Höhe schnellen, um 100, 1000 und noch mehr Prozent? Keiner von jenen Herren hat damals nur gepöhl im Gegenteil, alle waren mitschuldig, haben gemurmelt und so getan, als ob ihnen dieser Preisanstieg leid wäre, während sie sich ins Häuschen lockten, denn als Männer von Sachwissen ist ganz genau, je höher der Preis, desto größer der Profit.

Früher verdiente z. B. der Schuhhändler an einem Paar Schuhe 3 oder 5 M., wenn viel war, 6 oder 7 M., und er war froh, wenn er ein paar Schuhe los hatte. Dann kam die Zeit, wo er für die gleichen Paar Schuhe, aber nur schlechtere Qualität, 40, 50 M. und noch mehr verdient. Ebenso verhält es sich

mit den meisten anderen Artikeln. In einem Anzug z. B. wurden im Frieden vielleicht höchstens 25 M. verdient, später dann 50, 100, dann 200, 300 und 400 M. und manchmal noch viel mehr.

Betrachten wir nur einmal die heutigen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel und vergleichen sie mit den Preisen im Frieden, so ergibt sich, daß die Verhältnisse für den Konsumenten viel schlechter geworden sind. Es kostete z. B. vor dem Kriege: 1 Laib Brot 38 S., heute 3.50 M., also das zehnfache, 1 Pfund Fleisch 90 S. bis 1 M., heute 10—15 M., also das 10- bis 15fache, 1 Pfund Schmalz 80 S., heute 12—17 M., also das 20- bis 25fache, 1 Pfund Reis 25—30 S., heute 11 M., also mehr als das 40fache, 1 Liter Milch 24 S., heute 2.20 M., also das 10fache, 1 Ei 5—7 S., heute 1.50—2 M., also das 20fache, 1 Kuchenhafen 3 M., heute 30 M., also das 10fache, 1 Pferd 3 M., heute 40 M., also das 13fache, 1 Paar Schuhe 14 M., heute 120—250 M., also das 8- bis 18fache. So könnte man noch dutende von Beispielen anführen. Ein Gegenstand, der unter dem 10fachen im Preis gestiegen ist, dürfte wohl kaum zu finden sein. Und dabei sind dies die Preise, die im Preisalter des sog. „Preisabbaues“ üblich sind. Wenn trotzdem von Reduzierung der Röhne und Gehältern jetzt schon gesprochen wird, so beweist dies nur, daß man in gewissen Kreisen auch nicht die leiseste Ahnung vom Leben und den Existenzverhältnissen der Arbeiter und Angestellten hat. Die letzteren verzichten gerne auf die Teuerungszulagen, wenn die Preise einigermaßen ihrem Einkommen entsprechen. Borek ist dies aber nicht der Fall.

Spielplatz-Einweihung der Freien Turnerschaft.

Der Wettergott war am Sonntag den freien Turnern nicht hold, jedoch infolge des Regens die Einweihung des Spielplatzes nicht stattfinden konnte und deshalb auf nächsten Sonntag, 8. August, verschoben wurde. Hoffentlich greißt ein lachender Himmel den Sonntag Morgen und spendet echtes frohes Festwetter unsern wackeren Arbeiterturnern, jedoch das Fest einen ungehörten Verlauf nehmen kann. Zu wünschen ist, daß auch die arbeitende Bevölkerung das Fest zu dem ihrigen macht und in Massen hinausströmt auf den Spielplatz, damit die freien Turner sehen können, daß die arbeitende Bevölkerung hinter ihnen und ihren Bestrebungen steht. Schon so oft haben unsere Arbeiterturner Arbeiterfeste verschönern helfen. Es ist deshalb nur ein Akt der Dankbarkeit, wenn durch einen Massenbesuch der Arbeiter und Beamten der Spielplatzeinweihung der Stempel eines echten Arbeiterfestes aufgedrückt wird. Deshalb, auf zur Spielplatz-Einweihung der Freien Turnerschaft beim Schützenhaus!

Das Programm ist folgendes: Morgens 6 Uhr: Beginn der Einzelwettkämpfe. Mittags 1/2 Uhr: Festzug vom Ludwigsplatz zum Turnplatz. Dortselbst: Massenrefübungen, Mannschaftskämpfe, sonstige Aufführungen der Schüler und Schülerinnen. Konzert.

Der erste Ferienausflug

Der Kinderausschuss der Frauensektion des Sozialdem. Vereins fand gestern unter überaus großer Beteiligung der Kinder statt. Erwartungsvoll fanden sich die Kleinen, mit einem Trinkbecher ausgerüstet, an den bekannten Sammelstellen ein. Es war eine recht herzliche Begrüßung seitens der Kinder und den beteiligten Genossinnen, die sich meist von den verlassenen Spaziergängen her noch kannten. Der starke Andrang hat gezeigt, daß trotz Pandemien und Erholungsheime noch eine große Anzahl Kinder in der Stadt verbleiben sind. Leider war der Wettergott der Veranstaltung nicht hold. Witten im frühlichen Spiel wurden die Ausflügler von einem Gewitterregen überrascht, wodurch zu früh der Heimweg angetreten werden mußte. Die Bewegung in der frischen Luft brachte Hunger und Durst, leider fehlt zum Brot die Wurst.

Die Kinderausschusskommission bittet alle Neichenfreunde, ihr Unternehmen tatkräftig zu unterstützen, sei es an Geldspenden oder Lebensmitteln. — Die nächste Wanderung wird noch bekannt gegeben.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Weierheim. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet unsere Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Bezirkskomitees im „Weierheimer Hof“ statt. Dasselbst wird Gen. Kurnmann einen Vortrag halten über „Das Militärverpflegungswesen“. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Ehrensache aller Genossen und Genossinnen zu erscheinen. Nur Mitglieder haben Zutritt. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Neue Verordnung wegen Abgabe von Fischkarten. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern müssen die Fischkarten für nicht gewerbemäßige Fischer künftig mit einer Personalbeschreibung und einem Lichtbild des Berechtigten aus neuester Zeit, das nicht aufgezogen dem Gesuche um Erteilung einer Fischkarte anzuschließen ist, versehen sein.

B.N.G. — Rhönig I. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet der B.N.G. Rhönig morgen Samstag abend 6 1/2 Uhr auf dem Sportplatz im Hasenangeren ein Wettspiel gegen die hervorragende Elf des Wiener Athletiksportklubs. Letzterer befindet sich z. Bt. auf einer süddeutschen Tournee, die ihn u. a. auch nach Karlsruhe und Mannheim führt.

Valuta-Bericht vom 5. August.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 13.30 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 15.28 M. per holl. Guld.; Schweiz etwa 7.59 M. per schw. Fr.; England d 165.50 M. per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8.30 M. per franz. Fr.; Neuport etwa 45.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 6. August 1920.

Vorausichtliche Witterung bis Samstag, 7. August, nachts: Borek noch wolfig und einzelne weitere Regenfälle, mäßig kühl, dann wieder besser.

Schriftleitung: Georg Schöpplin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberblick und Lokale Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwallungsstelle Karlsruhe. Am Sonntag, den 7. ds. Mts. abends 7 Uhr, Versammlung der Heizungsmonitore und Helfer im Hotel „Prinz Karl“, Lommitz. Ede Bittel. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. 4797 Die Brandheilung.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Die Kommissionsmitglieder zur Platzeinweihung treffen sich morgen Samstag abend nach Geschäftsbeschluss auf dem Turnplatz. 420 Der Turnwart.

Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“.) Samstag, 7. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Gambirusschule“. Sonntag Beteiligung bei der Freien Turnerschaft. Näheres darüber in der Versammlung. 4811 Der Vorstand.

Umsatzstand des Rheins.

Schiffertinzel 218, gef. 11; Rehl 823, gef. 1; Maxau 497, gef. 5; Mannheim 404, gef. 4 Zentimeter.

